

Sanktionen

Die zurückliegende Woche wurde durch zwei große Konferenzen in Berlin zur Unterstützung der Ukraine geprägt: das 5. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum, das unter anderem durch den Ost-Ausschuss und den DIHK organisiert wurde, sowie die Internationale Expertenkonferenz im Rahmen des deutschen G7-Vorsitzes. Diese vermittelten vor allem die Botschaft, dass der Wiederaufbau der Ukraine angesichts



des nahenden Winters und der massiven Zerstörungen der Infrastruktur nicht warten kann. Nothilfe wird dringend gebraucht. Weitere Themen im neuen Update sind das Sanktionsdurchsetzungsgesetz II, das jetzt im Bundeskabinett behandelt wurde. In Russland wurde nach langer Verzögerung eine Liste mit 45 Banken veröffentlicht, die Aktien und Beteiligungen nur mit besonderer Genehmigung veräußern dürfen (Dekret 520). Das Dekret erschwert auch den weiteren Exodus internationaler Unternehmen aus Russland, der laut einer Studie seit 2014 dramatische Ausmaße angenommen hat. Rund 70 Prozent der ausländischen Investoren seien seitdem vom russischen Markt verschwunden. Darin sind die Folgen der jüngsten Abwanderungswelle noch gar nicht enthalten. Das nächste Update folgt nach der Ferienzeit Mitte November. Hier die Rubriken:

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Service Desk Ukraine: Nothilfe und Wiederaufbau

Aufgrund der fortgesetzten Zerstörung der (Energie)-Infrastruktur in der Ukraine bittet die ukrainische Regierung um Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft. Alle Unternehmen, die sich an der Nothilfe und dem Wiederaufbau in der Ukraine beteiligen wollen, und/oder in entsprechenden Ost-Ausschuss-Arbeitsgruppen aktiv werden wollen, finden hier Informationen auf einen Blick:

[Service Desk Ukraine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Berliner Konferenzen zum Wiederaufbau der Ukraine

Mit zwei großen Konferenzen in Berlin hat die Debatte um Rahmenbedingungen für den Wiederaufbau der Ukraine in dieser Woche an Fahrt gewonnen. Am Montag, den 24. Oktober, fand das **5. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum** statt, das unter anderem der Ost-Ausschuss organisierte. Einen längeren Bericht zur Konferenz finden Sie hier:

[Klare Botschaft für den Wiederaufbau | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Eröffnungsteil mit Bundeskanzler Olaf Scholz, dem ukrainischen Premier Denys Schmyhal und dem stellvertretenden Ost-Ausschuss-Vorsitzenden Hans-Ulrich Engel wurde live von Phoenix übertragen. Hier die Aufzeichnung: <https://www.youtube.com/watch?v=jg20kn-FsD8>

Tagesschau-Bericht zur Ukraine-Konferenz (ab Minute 10):

[tagesschau 20 Uhr - Sendung vom 24.10.2022, 20:00 Uhr | tagesschau.de](#)

Am Folgetag, dem 25. Oktober, fand am Berliner Westhafen im Rahmen des deutschen G7-Vorsitzes eine **internationale Expertenkonferenz zum Wiederaufbau der Ukraine** statt. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Bundeskanzler Scholz kündigten hier einen Marshall-Plan für die Ukraine an. Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms diskutierte in einem Panel, an dem auch IWF-Generalsekretärin Kristalina Georgieva, EBRD-Präsidentin Odile Renaud-Basso, EIB-Präsident Werner Hoyer und der ukrainische Minister für Regionalentwicklung Oleksii Chernyshov teilnahmen, über eine passende Finanzarchitektur für den Wiederaufbau.

Eröffnung der Expertenkonferenz im Live-Stream:

[Wiederaufbau Ukraine: Internationale Expertenkonferenz in Berlin - YouTube](#)

Session 2 zum Thema Finanzierung mit Michael Harms:

[Session 2: Recovery and its Financing | G7 Germany 2022 \(bundesregierung.de\)](#)

Podcast mit Michael Harms

In der neuen Ausgabe des Detektor-Podcast „Zurück zu Thema“ nimmt Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms Stellung zu den Wiederaufbauplänen für die Ukraine.

[Zurück zum Thema | Ukraine – Wie hilft die deutsche Wirtschaft beim Wiederaufbau der Ukraine? | detektor.fm – Das Podcast-Radio](#)

2. Deutschland

Steinmeier: Sanktionen alternativlos

In einer Rede „zur Lage der Nation“ am 28. Oktober hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die deutsche Bevölkerung aufgefordert, in schwierigen Zeiten zusammenzustehen. Erst wenige Tage zuvor war Steinmeier von einer Reise in die Ukraine zurückgekehrt. Die FAZ hat Steinmeiers Bellevue-Rede zusammengefasst. Demnach sagte der Bundespräsident mit Blick auf Moskau und Wladimir Putin: „Im Angesicht des Bösen reicht guter Wille nicht aus.“ Der russische Überfall auf die Ukraine markiere einen „Epochenbruch“, es werde eine „Danach“ geben, aber keine Rückkehr zum „Davor“. Putins „imperiale Besessenheit“ habe die bisherige Weltordnung in Schutt und Asche gelegt. Die Welt sei auf dem „Weg in eine Phase der Konfrontation“. Ein vermeintlicher Friede, der solches Handeln belohne, „ein Friede, der Putins Landraub besiegelt, ist kein Friede“, stellte Steinmeier klar. „Er würde für viele Menschen in der Ukraine eine Schreckensherrschaft bedeuten, würde sie der Willkür und Gewalt ihrer russischen Besatzer überlassen.“ Ein „Scheinfriede“ werde außerdem „Putins Hunger noch vergrößern“, der Friede müsse ein gerechter sein, so Steinmeier. Sanktionen seien daher unverzichtbar. „Was wäre denn die Alternative? Tatenlos diesem verbrecherischen Angriff zuschauen? Einfach weitermachen, als wäre nichts geschehen? Es ist unser Interesse, dass wir uns mit unseren Partnern Russlands Rechtsbruch entgegenstemmen. Es ist unser Interesse, dass wir uns aus Abhängigkeiten von einem Regime lösen, das Panzer rollen lässt gegen ein Nachbarland und Energie als Waffe benutzt. Es ist unser Interesse, uns selbst zu schützen und unsere Verwundbarkeit zu reduzieren“, sagte Steinmeier. Niemand habe das klarer und kürzer gesagt als die estnische Ministerpräsidentin: „Energie mag teurer werden, aber Freiheit ist unbezahlbar.“

[Steinmeier wirft Putin „imperiale Besessenheit“ vor \(faz.net\)](#)

Studie des DIW: Sanktionen wirken auch ohne China

Sanktionen können dem betroffenen Land erhebliche Schäden zufügen – auch ohne Beteiligung großer Staaten wie China, wenn sie zumindest im Rahmen internationaler Koalitionen eingeführt werden. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Kiel Instituts für Weltwirtschaft (IfW) über die Zeit-Online berichtet, habe gezeigt, dass sowohl die 2014 verhängten Maßnahmen wegen der

Krim-Besetzung als auch die gegen den Iran 2012 spürbar gewirkt haben. Russische Exporte fielen der Untersuchung zufolge dauerhaft um 36 Prozent und die Importe um mehr als 30 Prozent niedriger aus, als es vor den 2014 verhängten Sanktionen der Fall war. Das bedeute einen russischen Wohlstandsverlust von 1,5 Prozent beziehungsweise zehn Prozent der Handelsgewinne.

[Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Sanktionen bringen betroffenen Ländern erhebliche Wohlstandsverluste | ZEIT ONLINE](#)

Zur Studie:

[DIW Berlin: Wirtschaftssanktionen: Koordiniertes Vorgehen steigert Kosten für Zielland und senkt eigene Lasten](#)

Bundeskabinett verabschiedet Sanktionsdurchsetzungsgesetz II – Zentralstelle zur Sanktionsdurchsetzung geplant

Das Bundeskabinett hat am 16. Oktober den Entwurf eines Zweiten Sanktionsdurchsetzungsgesetzes (SDG II) verabschiedet. Dieser wird nun dem Bundesrat zur Stellungnahme weitergeleitet, heißt es dazu in der Pressemitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums. Zugleich können die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag auf Basis des Entwurfs einen gleichlautende Gesetzesinitiative beschließen, um auf diese Weise das Gesetzgebungsverfahren zu beschleunigen.

Während das Ende Mai 2022 in Kraft getretene, erste Gesetzespaket (Sanktionsdurchsetzungsgesetz I) kurzfristig umsetzbare Maßnahmen enthielt, werden mit dem SDG II nunmehr auch strukturelle Verbesserungen für die Sanktionsdurchsetzung in Deutschland vorgeschlagen.

Die Bundesregierung löst damit ihre Zusage gegenüber den Ländern ein, die mit dem Sanktionsdurchsetzungsgesetz I eingeführten Vermögensermittlungs- und Sicherstellungsbefugnisse, die von den Ländern wahrgenommen werden sollten, auf eine zentrale Stelle des Bundes zu übertragen. Zu diesem Zweck richtet das Bundesministerium der Finanzen in seinem Geschäftsbereich eine „Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung“ ein. Die Zentralstelle wird zunächst bei der Generalzolldirektion angesiedelt.

Mit der Schaffung der Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung werden auch die relevanten Befugnisse für die sanktionsbezogene Vermögensermittlung und die Schaffung eines Registers für Vermögenswerte sanktionierter Personen und Personengesellschaften im Sanktionsdurchsetzungsgesetz II geregelt, einschließlich der Möglichkeit der Erfassung von bestimmten Vermögenswerten, die in einem sanktionsbezogenem Vermögensermittlungsverfahren nicht eindeutig zugeordnet werden können.

Zudem soll insbesondere im Immobilienbereich mehr Transparenz erreicht werden. Um die Zeit, bis eine bundesweite elektronische Abfragemöglichkeit der Grundbücher (Datenbankgrundbuch) fertiggestellt sein wird, zu überbrücken, sieht der Gesetzentwurf vor, Immobiliendaten, die in den Ländern zwischen den Grundbuchämtern und

Katasterämtern ausgetauscht werden, auch für das Transparenzregister verfügbar zu machen.

Der Gesetzentwurf beinhaltet auch Regelungen zur Geldwäschebekämpfung. Insbesondere sollen Barzahlungen beim Erwerb von Immobilien künftig ausgeschlossen werden. Das Verbot erstreckt sich auch auf Gegenleistungen mittels Kryptowerten und Rohstoffen. Mit dieser Maßnahme werden Geldwäscherisiken im Immobilienbereich effektiv adressiert werden.

Der Gesetzentwurf enthält viele weitere Regelungen, die dazu beitragen sollen, die Sanktionsdurchsetzung noch effektiver zu gestalten und zugleich wichtige Verbesserungen bei der weiteren Geldwäschebekämpfung zu erzielen. Dies betrifft zum Beispiel die Einrichtung einer Hinweisannahmestelle, die Möglichkeit der Bestellung eines Sonderbeauftragten zur Überwachung der Einhaltung von Sanktionen in Unternehmen und die Nutzbarmachung von Eigentums- und Kontrollstrukturübersichten des Transparenzregisters für Behörden und Verpflichtete.

Nähere Informationen finden Sie hier:

[Eckpunkte: Eine schlagkräftigere Bekämpfung von Finanzkriminalität und effektivere Sanktionsdurchsetzung in Deutschland \(bundesfinanzministerium.de\)](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/2022/07/20220720-fatf-report.html)

Den Bericht der Financial Action Task Force können Sie hier abrufen.

[Documents - Financial Action Task Force \(FATF\) \(fatf-gafi.org\)](https://www.fatf-gafi.org/en/documents/2022/07/20220720-fatf-report.html)

Deutsche Unternehmen versuchen Mitarbeiter in Russland zu schützen

Mehrfach haben Medien bereits darüber berichtet, dass Arbeitgeber von der russischen Militärbehörde kontaktiert werden und um die Herausgabe der Daten von wehrpflichtigen Mitarbeitern gebeten, um sie für den Kriegseinsatz in der Ukraine einzuziehen zu können. Wer kann, versucht, sich dagegen zu wehren, berichtet jetzt das Handelsblatt.

Für deutsche Firmen bedeute das Vorgehen des russischen Staates ein Dilemma. Einerseits ist das dortige Management dem russischen Recht verpflichtet – und das schreibt den Unternehmen vor, wahrheitsgemäße Meldungen über wehrpflichtige und im Betrieb entbehrliche Mitarbeiter zu machen sowie gegebenenfalls Einweisungsbescheide weiterzuleiten.

Andererseits lehnten die in Deutschland sitzenden Mutterkonzerne den russischen Angriffskrieg mit großer Mehrheit ab – und haben demnach kein Interesse daran, Mitarbeiter zulasten des eigenen Betriebs für den Militärdienst abkommandieren zu lassen.

Entsprechend bemühten sich einige Unternehmen, die Einberufungen zu verhindern oder wenigstens hinauszuzögern. So berichtete ein deutscher Konzernmanager dem Handelsblatt, dass das russische Management seines Unternehmens mittlerweile von

einem spezialisierten Anwalt beraten werde, um möglichst keine oder nur verzögerte Angaben machen zu müssen. „Die dabei entstehenden Bußgelder übernehmen wir als Unternehmen.“

Auch andere deutsche Manager haben dem Handelsblatt berichtet, dass sie derzeit versuchen, den russischen Behörden den Durchgriff auf die Mitarbeiter zu erschweren – beispielsweise, indem Mitarbeiter formal gekündigt werden, aber inoffiziell weiterhin ein Gehalt von ihrem bisherigen Arbeitgeber beziehen.

adidas wickelt nun doch Russland-Geschäft ab

adidas hat sich nun entschlossen, sein Geschäft in Russland zu schließen, wie Dow Jones berichtet. Wie der Sportartikelkonzern mitteilte, ist dort "eine Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit aus Sicht des Unternehmens in absehbarer Zeit nicht möglich". Seit Anfang März, kurz nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine, hatte adidas in Russland den Betrieb seiner Geschäfte sowie den Online-Handel bis auf weiteres eingestellt. In den vergangenen Wochen habe der Konzern erste Schritte zu Schließung seiner Geschäfte in der Region eingeleitet. Das Russland-Geschäft werde in den kommenden Monaten abgewickelt.

Das Unternehmen bedauere diese Entwicklung. Priorität habe eine „verantwortungsvolle Umsetzung der Maßnahmen und die Unterstützung der von der Entscheidung betroffenen Beschäftigten und Partner". Im dritten Quartal belasteten die Pläne zur Schließung des Russland-Geschäfts das Ergebnis. Der größte Teil der Einmalaufwendungen in Höhe von knapp 300 Millionen Euro stehe im Zusammenhang mit der Entscheidung, sich aus Russland zurückzuziehen, teilte adidas mit.

SAP: Ende 2022 nur noch 100 Mitarbeiter in Russland

Zum Jahresende werden noch rund 100 SAP-Mitarbeiter in Russland arbeiten, berichtet Dow Jones. Damit wird das Ziel, sich komplett aus Russland zu verabschieden nicht ganz erreicht. Grund seien rechtliche und regulatorische Fragen, sagte Finanzvorstand Luka Mucic. Einen exakten Zeitpunkt für den vollständigen Rückzug könne er nicht nennen. Es habe aber bislang große Fortschritte gegeben. So werde Ende Dezember die Zahl der Mitarbeiter in Russland wohl nur noch bei 100 liegen gegenüber 600 derzeit und ursprünglich 1.300. Das Angebot an die Beschäftigten, künftig in anderen Ländern weiter für SAP zu arbeiten, bleibe bestehen.

Siemens Energy verkauft Anteil an russischem Joint Venture

Die Siemens Energy AG hat sich nach Informationen von Dow Jones von ihrem Anteil an einem russischen Gemeinschaftsunternehmen für Gasturbinen getrennt. Wie ein Sprecher des Unternehmens sagte, hat der Konzern den Anteil von 65 Prozent an seinen Joint-Venture-Partner Inter Rao verkauft. Es sei auf absehbare Zeit keine Perspektive für

den russischen Markt mehr zu erkennen, sagte der Sprecher. Siemens Energy wolle sein Geschäft dort verkaufen oder abwickeln. „Wir machen gute Fortschritte“, sagte er.

Mercedes-Benz verkauft Russlandgeschäft

Mercedes-Benz zieht sich endgültig aus dem russischen Markt zurück. Das teilte der Konzern am 16. Oktober mit. Demnach steht der Konzern vor dem Verkauf von Anteilen an Industrie- und Finanzdienstleistungsgeschäften an einen lokalen Investor. Zuvor hatte der Konzern wie auch VW, BMW oder Renault seine geschäftlichen Aktivitäten in dem Land eingestellt. Wie ein Mercedes-Benz-Sprecher sagte, sei die Beteiligung des Unternehmens am russischen Lkw-Hersteller Kamaz nicht betroffen, sie soll noch an diesem Jahr an Daimler Truck übertragen werden.

3. Europäische Union

EU will der Ukraine 1,5 Milliarden Euro pro Monat zahlen

Die EU will die Ukraine im nächsten Jahr mit 18 Milliarden Euro angesichts des russischen Angriffskriegs unterstützen, berichtet die Deutsche Presseagentur. „Es ist sehr wichtig für die Ukraine, einen vorhersehbaren und stabilen Einkommensfluss zu haben“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach dem EU-Gipfel am 21. Oktober in Brüssel. Demnach braucht die Ukraine drei bis vier Milliarden Euro im Monat, um ihre Grundbedürfnisse abzudecken. Das solle von der EU, den USA und den Finanzinstitutionen finanziert werden. „Deshalb ging es um rund 1,5 Milliarden pro Monat für die Ukraine, die von der Europäischen Union finanziert werden“, sagte von der Leyen. Die EU-Finanzminister sollen nun einen Mechanismus dafür ausarbeiten.

Insgesamt haben die EU und die EU-Staaten von der Leyen zufolge die Ukraine seit Beginn des Kriegs mit 19 Milliarden Euro unterstützt. Unter anderem hat die EU Kiew Makrofinanzhilfen in Höhe von neun Milliarden Euro zugesagt, wovon bislang allerdings nur ein Teil ausgezahlt wurde. In den Gipfelschlussfolgerungen riefen die Staats- und Regierungschefs dazu auf, noch ausstehende drei Milliarden Euro rasch bereitzustellen.

Zudem verurteilten die Gipfelteilnehmer erneut die jüngsten russischen Angriffe auf Zivilisten und zivile Infrastruktur. Es gebe immer mehr Beweise dafür, dass Russland Kriegsverbrechen begehe und diese müssten geahndet werden. Die EU-Staaten stünden bereit, die EU-Sanktionsmaßnahmen gegen Russland weiter zu verschärfen.

EU fror bislang 17,5 Milliarden Euro an russischem Vermögen ein

Nach Angaben eines Sprechers der EU-Kommission wurden seit Verhängung der ersten Sanktionen gegen russische Oligarchen am 28. Februar 2022 insgesamt 17,5 Milliarden

Euro an Vermögenswerten EU-weit eingefroren. Dies berichtet die österreichische Nachrichtenagentur APA. Zu den Vermögenswerten zählen neben Bankkonten auch Yachten und Villen.

1.350 Menschen und Organisationen aus dem Kreml-Umfeld stehen aktuell auf den EU-Sanktionslisten. Die EU-Mitgliedsländer wurden aufgefordert, deren Vermögenswerte wie Konten und Immobilien aufzuspüren und einzufrieren. Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Irland, Italien und Österreich waren dabei besonders aktiv. Ungarn hingegen habe erst einige Tausend Euro an russischem Vermögen eingefroren, wie der ORF aus Brüsseler Diplomatenkreisen zitiert.

Um das Vermögen anderen Zwecken, etwa dem Wiederaufbau in der Ukraine, zukommen zu lassen, was unter anderem die ukrainische Regierung und der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki fordern, müsste jedoch erst eine entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen werden. Die EU-Staaten haben die Kommission dazu aufgefordert, Details auszuarbeiten. Voraussetzung für eine Beschlagnahmung ist in den meisten EU-Ländern die Verurteilung wegen einer Straftat. Daher habe die EU-Kommission vorgeschlagen, das Umgehen von EU-Sanktionen als Straftatbestand aufzunehmen. „Wenn es den Straftatbestand der Sanktionsumgehung gibt, kann man, sobald jemand versucht, Vermögenswerte zu verschieben und den Sanktionen auszuweichen - oder einem Familienmitglied seine Firma zu übertragen - dann kann man nicht nur mit dem Strafrecht antworten, sondern auch diese Vermögenswerte beschlagnahmen“, so Kommissionssprecher Christian Wigand im Ö1-Morgenjournal.

31.000 Firmen in der EU mit russischen Eigentümern

Die EU-Kommission stellt in einem aktuellen Bericht fest, dass fast 31.000 Firmen in Europa wirtschaftliche Eigentümer aus Russland haben, wie tagesschau.de berichtet. Unter ihnen seien Geschäftsleute, gegen die Sanktionen verhängt wurden. Russische Geschäftsleute sind nach Angaben der EU-Kommission weiter in erheblichem Ausmaß in Europa aktiv - vor allem in der Immobilien-, Bau- und Hotelbranche sowie im Finanz- und Energiesektor. Die Studie wird in einem Bericht der EU-Kommission zu Risiken der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung an den Rat der Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament zitiert. Von den 31.000 Unternehmen mit wirtschaftlichen Eigentümern aus Russland haben laut dem Bericht mindestens 1400 Unternehmen Eigentümer, gegen die jüngst Sanktionen verhängt wurden. Konkret geht es demnach um 33 Personen. Zugleich weist die EU-Kommission in dem Bericht darauf hin, dass einige Oligarchen ihr Eigentum an oder ihre Kontrolle über Unternehmen durch in Drittländern eingetragene zwischengeschaltete Gesellschaften oder lokale nominelle Anteilseigner verschleiern könnten.

In einem Abschnitt des Berichtes zu Russlands Krieg gegen die Ukraine heißt es, die ordnungsgemäße Umsetzung von EU-Maßnahmen zum Einfrieren von Vermögenswerten erfordere die „wirksame Durchsetzung der Transparenzvorschriften zum wirtschaftlichen Eigentum“. Zudem plädiert die Behörde unter anderem für einen besseren Informationsaustausch und eine „angemessene“ Aufdeckung und Überwachung von Vermögenswerten, die vor den Steuerbehörden verborgen werden. Demnach ist die Gründung von Briefkastenfirmen noch immer relativ einfach, sodass diese dazu genutzt würden, „Hunderte von Millionen Euro durch undurchsichtige Transaktionen zu verschieben“. Mit Hilfe von Briefkastenfirmen könnten Straftäter nicht nur Herkunft und

Bestimmungsort von Geldern verbergen, sondern auch den tatsächlichen Nutznießer der Transaktion verschleiern.“Die Aufdeckung von Schwarzgeldströmen trägt also nicht nur zur Verteidigung der Demokratie und der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der EU bei, sondern hilft auch, den Einfluss von Autokratien zu bekämpfen“, konstatiert die Kommission.

[Bericht der EU-Kommission: 31.000 Firmen in der EU in russischer Hand | tagesschau.de](#)

Europa kauft mehr LNG-Gas aus Russland

Während die Lieferungen von russischem Pipeline-Gas, das vor dem Ukraine-Krieg den Großteil der europäischen Gasimporte ausmachte, auf ein Rinnsal geschrumpft sind, haben die europäischen Importeure in aller Stille russisches Flüssiggas gekauft, das mit riesigen Schiffen geliefert wurde, schreibt Dow Jones. Nach Angaben der Europäischen Kommission stiegen die Einfuhren von russischem Flüssiggas in die EU bis August um 41 Prozent im Vergleich zum selben Zeitraum im Jahr 2021. Russland ist nach den USA die zweitgrößte LNG-Quelle der EU.

Die Importeure argumentieren, dass die Lieferungen nicht unter die EU-Sanktionen fallen und dass der Kauf von LNG aus Russland zusammen mit anderen Lieferanten notwendig ist, um die europäischen Energiepreise in Schach zu halten. Die EU wird im Dezember die meisten Importe von russischem Rohöl verbieten, hat aber die Gasimporte bisher verschont.

Der größte russische LNG-Exporteur ist Novatek JSC - ein privates Unternehmen, nicht die staatlich kontrollierte Gazprom PJSC -, doch die steigenden LNG-Verkäufe geben dem Kremlin einen gewissen Einfluss auf die europäischen Energiemärkte, nachdem der Rückgang der Gaslieferungen über Pipelines Moskaus Einfluss auf Europa verringert hat, so die Analysten. Im vergangenen Monat war Frankreich der größte Importeur von russischem LNG, gefolgt von Spanien und Belgien, so der Rohstoffdatenanbieter Kpler. In den ersten acht Monaten des Jahres machte russisches LNG nach Angaben der EU 17 Prozent der gesamten LNG-Importe der EU aus, während der Anteil der USA 45 Prozent betrug. Das französische Unternehmen TotalEnergies SE wird LNG aus Russland liefern, solange die Sanktionen dies zulassen, da die Mengen zur Versorgungssicherheit Europas beitragen, sagte der Vorstandsvorsitzende Patrick Pouyanné diesen Monat. Total ist ein Minderheitsaktionär des russischen LNG-Champions Novatek und besitzt ein Fünftel der Yamal LNG-Anlage in der Arktis.

Französisches Gericht gibt sanktionierte Yacht frei

Das Pariser Berufungsgericht ordnete im Oktober an, dass die französischen Zollbehörden die beschlagnahmte Yacht „La Petite Ourse“ des unter EU-Sanktionen stehenden Russen Alexey Kuzmichev freigeben müssen. Anordnung.

Die Yacht lag in Antibes vor Anker, als sie am 16. März 2022 von Zollbeamten durchsucht wurde, einen Tag nachdem Kuzmichev, einer der Hauptaktionäre der Alfa Bank, auf die

Russland-Sanktionsliste der EU gesetzt worden war. Der Gerichtshof stellte fest, dass die Beamten bei der Durchsuchung des Schiffes nicht korrekt vorgegangen waren und sich fälschlicherweise auf eine Ermächtigung berufen hatten, die eine Durchsuchung im Zusammenhang mit einem Betrugsverdacht erlaubt.

Das Gericht prüfte die Einstufung eines Freizeitboots für den persönlichen Gebrauch als wirtschaftliches Gut und die Befugnis unzuständiger Behörden, bewegliche Sachen zu beschlagnahmen. Offenbar mit negativem Ergebnis.

[Kuzmichev-Cour-dappel-de-Paris-chambre-5-15-5-octobre-2022-2205931.pdf \(europeansanctions.com\)](#)

EU-Informationen zu Russland-Sanktionen

Alle EU-Sanktionsentwicklungen in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU:

[EU Sanctions Map](#)

4. Russland

Bankenliste zum Dekret 520 veröffentlicht

Das von Präsident Putin am 5. August 2022 unterzeichnete Dekret 520 macht es russischen und ausländischen Unternehmen, die noch in Russland tätig sind, deutlich schwerer, dort Aktien oder Anteile zu handeln oder sie zu veräußern und das daraus erzielte Kapital ins Ausland zu transferieren. Ursprünglich sollte innerhalb von zehn Tagen eine Liste der betroffenen Unternehmen publiziert werden. Nach langer Verzögerung ist am 26. Oktober nun eine entsprechende Liste zunächst nur für Finanzinstitute veröffentlicht worden. Unter den 45 genannten Instituten sind u.a. die Deutsche Bank, die Commerzbank, die Unicredit, die Raiffeisenbank, die Mercedes-Benz-Bank, die Volkswagenbank, die Credit Suisse und die Citibank. Bisher noch nicht veröffentlicht wurde dagegen eine Liste der Unternehmen aus dem Bereich Rohstoffe und Energie, die ebenfalls von dem Dekret 520 erfasst werden.

Hier die vollständige Bankenliste auf dem Portal der russischen Regierung:

[Распоряжение Президента Российской Федерации от 26.10.2022 № 357-рп ·
Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал
правовой информации \(pravo.gov.ru\)](#)

Massiver Exodus aus Russland seit 2015

Laut einem Bericht der russischen Wirtschaftszeitung Kommersant hat sich seit 2015 die Zahl der ausländischen Unternehmen auf dem russischen Markt um 70 Prozent verringert. Kommersant verweist auf eine Statistik der Finanzauskunft SPARK-Interfax. Sie zählt aktuell 26.700 Unternehmen mit ausländischen (Mit-)Eigentümern. Vor sieben Jahren seien es noch 103.600 gewesen. Rückzüge der vergangenen Monate sind in dieser Statistik noch gar nicht vollständig erfasst. SPARK listet in dieser Statistik noch 1800 deutsche Unternehmen, rund 70 Prozent weniger als 2015, als es noch 5600 waren. Prozentual Die größten Rückgänge werden überraschenderweise für China vermeldet, von 3400 chinesischen Unternehmen im Jahr 2015 auf heute 700 (- 80 Prozent), die Zahl der indischen Unternehmen sank sogar um 90 Prozent auf heute noch 43 Unternehmen, die der Türkischen von 1700 auf 300 (-80 Prozent).

[Компаний с иностранным участием в РФ стало вчетверо меньше – Газета
Коммерсантъ № 196 \(7397\) от 21.10.2022 \(kommersant.ru\)](#)

Fachkräfte und Unternehmen fliehen aus Moskau nach Serbien

Schätzungen zufolge haben bis zu einer Million Russen Russland seit dem 23. Februar verlassen. Nach Informationen von Dow Jones haben sie dabei zum Teil auch ganze

Unternehmen mitgenommen. Der Zustrom habe zugenommen, nachdem die russische Regierung im vergangenen Monat mit der Einberufung von Männern zur Aufstockung ihrer Truppen in der Ukraine begonnen hatte. In den ersten Tagen des Moskauer Krieges in der Ukraine seien Russen insbesondere in die Türkei, Dubai, Armenien und Georgien ausgereist. Inzwischen strömten viele von ihnen nach Serbien, einem Land, das den Beitritt zur Europäischen Union anstrebt und zollfreien Handel mit der EU genießt. Das slawische Land sei zu einem Brückenkopf für russische Unternehmen und Hochschulabsolventen, insbesondere für Fachkräfte aus dem technischen Bereich, geworden. Einige Exilanten seien dort, um trotz der Sanktionen Geschäftsbeziehungen mit dem Westen aufrechtzuerhalten. „Andere fliehen einfach vor dem autoritären Regime von Präsident Wladimir Putin“, so Dow Jones.

Zehntausende von russischen Ingenieuren, Programmierern, Unternehmern, Künstlern und Wissenschaftlern seien seit Kriegsbeginn nach Serbien gekommen, fast 700 mit Russland verbundene Unternehmen hätten Niederlassungen eröffnet, in denen Tausende von Russen beschäftigt sind, und rund 1.500 russische Staatsbürger haben nach Angaben der Regierung seit Februar neue Unternehmen gegründet. Viele nutzen die Vorteile der Visumfreiheit und bleiben in Serbien, während sie aus der Ferne für ausländische Arbeitgeber arbeiten. Serbien hat die Invasion in der Ukraine verurteilt, aber keine Sanktionen gegen Russland verhängt. Russen können nach wie vor visumfrei nach Serbien reisen, einem der wenigen Länder, die noch Direktflüge nach Russland anbieten.

Nach Schätzungen sind seit Beginn des Krieges zwischen 50.000 und 100.000 Russen in Serbien eingereist. In Russlands Nachbarländern Kasachstan, Georgien und Finnland verzeichneten die Behörden 98.000, 53.000 beziehungsweise 43.000 Einreisen, so die Zahlen von Meduza, einem unabhängigen russischen Nachrichtenportal mit Sitz in Lettland.

Einige Tage nach dem Einmarsch verlegten russische Tech-Schergewichte wie Yandex NV sowie westliche Unternehmen mit vielen russischen Mitarbeitern, wie der Softwareentwickler Luxoft und der Spieledesigner Wargaming, einige Mitarbeiter nach Serbien.

Keine Kentucky Fried Chicken mehr in Russland

Die US-Konzern Yum! Brands hat laut Informationen des Kommersant seine russischen Schellrestaurants der Marke KFC (Kentucky Fried Chicken) verkauft. Ein bisheriger Franchisenehmer aus Ischewsk übernimmt die 70 Restaurants, der Preis ist nicht bekannt. Insgesamt gibt es in Russland rund 1000 überwiegend von kleineren Franchisenehmern betriebene KFC-Restaurants. KFC waren seit 1993 im Land präsent. Als künftiger Name für die Kette ist Rostic's im Gespräch.

Russland auf dem Weg in die Kriegswirtschaft

In einem Dekret hat Präsident Wladimir Putin den Leitern der Regionen des Landes zusätzliche Befugnisse erteilt, um Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der russischen Bürger und zum Schutz der kritischen Infrastruktur vor Terrorismus zu ergreifen, berichten verschiedene russische Medien. Auch der Wirtschaft, der Industrie und der Ausweitung der Produktion von militärisch wichtigen Produkten solle die „notwendige Aufmerksamkeit“ geschenkt werden, so Putin. Zur verbesserten Koordinierung seien die Gouverneure der Regionen befugt, entsprechende „Hauptquartiere“ einzurichten. Zudem habe Putin die Regierung angewiesen, ein Dekret über die Einsetzung eines Koordinierungsrates unter Leitung von Premierminister Mischustin auszuarbeiten; eine erste Sitzung solle bereits Ende Oktober stattfinden. Der Sonderkoordinierungsrat solle sich mit der „Deckung des Bedarfs“ im Rahmen der Militäroperation befassen. Premierminister Michail Mischustin präzisierte, dass es dabei unter anderem um die Lieferung militärischer Ausrüstung und Hardware sowie die Bereitstellung von Transportfahrzeugen gehe.

LG verlagert Produktion von Moskau nach Zentralasien

Laut einem Bericht der russischen Wirtschaftszeitung Kommersant will der südkoreanische Mischkonzern LG offenbar sein Werk in der Region Moskau schließen und seine Produktion aus Russland nach Zentralasien zu verlagern. Es geht insbesondere um die Produktion von Kühlschränken, Waschmaschinen und Fernsehgeräten.

5. USA

Kampf gegen russischen Einfluss:

US-Sanktionen gegen Personen und Unternehmen aus der Republik Moldau

Die USA haben am 16. Oktober neu Personen und zwölf Einrichtungen im Zusammenhang mit Korruption und Russlands Einflussnahme und destabilisierenden Kampagnen in der Republik Moldau benannt.

Der ehemalige moldauische Regierungsbeamte Vladimir Plahotniuk wurde gemäß der Executive Order (E.O.) 13818 (Globale Magnitsky-Sanktionen) auf die Liste der Personen gesetzt, die für Korruption verantwortlich sind bzw. daran beteiligt waren, u. a. durch Bestechung von Strafverfolgungsbeamten, Leitung von Ermittlungen gegen seine politischen und geschäftlichen Konkurrenten, Einmischung in Wahlen und Beteiligung an Korruptionsvereinbarungen mit Regierungsbeamten. Das US-Außenministerium verhängte im Januar 2020 ein Reiseverbot gegen Herrn Plahotniuk.

Der moldauische Politiker Ilan Mironovich Shor wurde zusammen mit seiner Frau Sara Lvovna Shor und seiner politischen Partei Shor Party gemäß E.O. 14024 wegen seiner mutmaßlichen Rolle bei einem Plan zur Beseitigung der moldauischen Präsidentin Maia Sandu und zur Rückführung Moldaus in den Einflussbereich Russlands benannt. Ebenfalls benannt wurden der russische Staatsangehörige Igor Jurjewitsch Tschajka, acht Unternehmen von Tschajka, vier seiner Mitarbeiter und zwei weitere Unternehmen.

Ein weiterer Mitarbeiter von Chayka, Aleksei Valeryevich Troshin, wurde gemäß E.O. 14024 zusammen mit der von ihnen gegründeten Firma National Engineering Corporation in die Liste aufgenommen. Der von den USA sanktionierte Cyberkriminelle Maksim Yakubets soll an dem Unternehmen beteiligt gewesen sein.

[Treasury Targets Corruption and the Kremlin's Malign Influence Operations in Moldova | U.S. Department of the Treasury](#)

[Response to Corruption and Election Interference in Moldova - United States Department of State](#)

Anklage wegen Sanktionsumgehung

Am Mittwoch, dem 19. Oktober 2022, wurde vor einem US-Bundesgericht eine Anklageschrift gegen sieben Personen im Zusammenhang mit der Umgehung von Sanktionen und Geldwäsche veröffentlicht. Zu den Angeklagten gehören die russischen Staatsangehörigen Yury Orekhov, Artem Uss, Svetlana Kuzurgasheva (auch bekannt als Lana Neumann), Timofey Telegin und Sergey Tulyakov sowie die Ölhändler Juan Fernando Serrano Ponce (auch bekannt als Juanfe Serrano) und Juan Carlos Soto. Die sieben sollen ein Komplott geschmiedet haben, um sich mit Hilfe von Briefkastenfirmen und Kryptowährungen unrechtmäßig US-Militär- und Dual-Use-Technologie sowie venezolanisches Öl zu beschaffen.

Es wird angenommen, dass Orekhov, Uss und Kuzurgasheva die in Hamburg ansässige Nord-Deutsche Industrieanlagenbau GmbH (NDA) als Tarnfirma benutzt haben, um fortschrittliche Halbleiter und Mikroprozessoren zu beschaffen und zu kaufen, die in Kampfflugzeugen, Raketensystemen, intelligenter Munition, Radar, Satelliten und anderen weltraumgestützten militärischen Anwendungen für russische Endverbraucher verwendet werden, einschließlich von den USA sanktionierter Unternehmen, die von Telegin und Tulyakov kontrolliert werden. Einige der elektronischen Komponenten sollen in Waffen gefunden worden sein, die vom russischen Militär in der Ukraine eingesetzt wurden.

Außerdem soll die NDA als Fassade für den Schmuggel von venezolanischem Öl an russische und chinesische Abnehmer gedient haben, darunter ein russisches Aluminiumunternehmen, das von einem von den USA sanktionierten „Oligarchen“ kontrolliert wird.

Im Falle einer Verurteilung droht den Angeklagten eine Höchststrafe von 30 Jahren Haft.

[Justice Department Announces Charges and Arrests in Two Cases Involving Export Violation Schemes to Aid Russian Military | OPA | Department of Justice](#)

Anklage gegen lettische, estnische, ukrainische und russische Staatsbürger

Anfang Oktober wurde vor dem US-Bezirksgericht für den Bezirk Connecticut eine neue Anklageschrift veröffentlicht, in der eine Reihe von Personen und Einrichtungen angeklagt werden, gegen die US-Ausfuhrkontrollen verstoßen zu haben, indem sie versucht haben, eine in Connecticut hergestellte Koordinatenschleifmaschine ohne die erforderliche Genehmigung über Lettland nach Russland zu schmuggeln. Bei einer Koordinatenschleifmaschine handelt es sich um ein hochpräzises Schleifmaschinensystem, das aufgrund seiner möglichen Verwendung für die Verbreitung von Kernwaffen und für Verteidigungsprogramme eine Genehmigung für die Ausfuhr und Wiederausfuhr nach Russland erfordert. Für die Ausfuhr in die EU ist keine Genehmigung erforderlich. Pressemitteilung & Pressemitteilung.

Die lettischen Staatsangehörigen Eriks Mamonovs und Vadims Ananics, der ukrainische Staatsangehörige Stanislav Romanyuk, Janis Uzbalis und russische Staatsangehörige wurden zusammen mit der in Lettland ansässigen CNC Weld, der in Estland ansässigen BY Trade OU und einem in Russland ansässigen Unternehmen im Zusammenhang mit dem System angeklagt.

Am 18. Oktober 2022 wurden Ananics, Mamonovs und Uzbalis auf Ersuchen der USA in Riga verhaftet. Am 13. Juni 2022 wurde Romanyuk, ebenfalls auf Ersuchen der USA, in Tallinn verhaftet. Das Justizministerium bemüht sich um ihre Auslieferung.

[European Nationals and Entities Indicted on Charges of Violating U.S. Laws for Their Attempt to Export a Dual-Use High-Precision Jig Grinder to Russia | USAO-CT | Department of Justice](#)

Factsheet zu den Auswirkungen der Russland-Sanktionen

Das US-Außenministerium hat ein Factsheet veröffentlicht, in dem die Auswirkungen der von den USA und anderen Ländern seit Februar 2022 gegen Russland verhängten Sanktionen und Ausfuhrkontrollen zusammengefasst sind. Dazu gehören:

- Versorgungsengpässe für die russischen Streitkräfte in der Ukraine.
- Schwierigkeiten bei der Einfuhr von Halbleitern und anderen wichtigen Komponenten.
- Beinahe Einstellung der russischen Produktion von ballistischen Hyperschallraketen aufgrund des Mangels an den erforderlichen Halbleitern.
- Abschneiden des russischen militärischen Luftfahrtprogramms von der Versorgung durch den weltweiten Luftfahrthandel.
- Das Stocken der Produktion der nächsten Generation von russischen Militärflugzeugen zur Frühwarnung und Kontrolle, weil ausländische Komponenten, einschließlich Halbleiter, fehlen.
- Die Schließung mechanischer Werke, einschließlich derer, die Boden-Luft-Raketen herstellen, aufgrund des Mangels an ausländischen Bauteilen.
- Rückgriff auf alte Rüstungsbestände, da die russischen Unternehmen nicht mehr in der Lage sind, die inländischen Lieferketten aufzufüllen.
- Die Sperrung von Vermögenswerten der russischen Zentralbank im Wert von rund 300 Milliarden Dollar.
- Sanktionierte russische „Oligarchen“ und Finanzinstitute wurden gezwungen, sich von lange gehaltenen Vermögenswerten außerhalb Russlands zu trennen.
- Banken in mehreren Ländern drosseln ihre Verbindungen zum russischen Finanzsektor.
- Die russische Wirtschaft schrumpft nach Angaben des IWF in diesem Jahr um über 3 Prozent.

[The Impact of Sanctions and Export Controls on the Russian Federation - United States Department of State](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Schweiz

Fünf Russen bitten den Schweizer Bundesrat um Delisting

Am 24. Februar 2022 begann der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Als Reaktion darauf hat die Schweiz – im Einklang mit der EU – mehr als 1000 Russinnen und Russen sanktioniert. Besitzen diese Personen hierzulande Vermögenswerte, sind diese seit Monaten eingefroren.

Doch nicht alle Russen, die auf der Sanktionsliste stehen, wollen dies akzeptieren. Einige bestreiten vehement, zum Machtzirkel von Wladimir Putin (70) zu gehören – und fordern deshalb, von der Sanktionsliste gestrichen zu werden. Um dies zu erreichen, können die Betroffenen beim Bund ein sogenanntes Delisting-Gesuch stellen. Das ist in mehreren Fällen auch geschehen, wie das zuständige Wirtschaftsdepartement (WBF) gegenüber SonntagsBlick bestätigt. «Es wurden fünf Gesuche eingereicht», sagt eine Sprecherin. Laut Medienberichten soll es sich um Alexander Pumpjansky und vier weitere Russen handeln.

[Ringens um Sanktionsliste: Fünf Russen bitten den Bundesrat um Gnade \(msn.com\)](#)

Großbritannien

Rund zehn Milliarden Dollar eingefroren

Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des britischen Unterhauses hat heute die Antwort der Regierung auf den Bericht „The cost of complacency: illicit finance and the war in Ukraine“ vom Juni 2022 veröffentlicht. In Bezug auf die Sanktionen hat die Regierung folgende Angaben gemacht:

- Die britischen Überseegebiete haben russische Vermögenswerte mit einem geschätzten Gesamtwert von mehr als neun Milliarden Dollar eingefroren, darunter 8,4 Milliarden Dollar auf den Kaimaninseln und mehr als 400 Millionen Dollar auf den Britischen Jungferninseln.
- Die Crown Dependencies haben Vermögenswerte im Wert von 1,9 Mio. £ auf der Isle of Man eingefroren, 5 Mio. £ auf Guernsey und 1,15 Mrd. £ auf Jersey.
- Die Sanktionierung von Personen/Einrichtungen und das anschließende Einfrieren ihrer Vermögenswerte stellt an sich noch keine Grundlage für eine Beschlagnahme dar. Die Strafverfolgungsbehörden sind jedoch in der Lage, ausländische Vermögenswerte einzufrieren und zu beschlagnahmen, wenn sie mit Straftaten oder rechtswidrigem Verhalten im Rahmen des Proceeds of Crime Act 2002 in Verbindung stehen.

- Derzeit wird an der Entwicklung einer neuen Korruptionsbekämpfungsstrategie und des nächsten Plans zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität gearbeitet, der noch weiter gehen wird, um die Bedrohung durch die Wirtschaftskriminalität zu bekämpfen, einschließlich eines besonderen Schwerpunkts auf Kleptokratie und Sanktionsumgehung.

Sanktionen wegen Drohnenlieferungen

Parallel zur EU hat auch das Vereinigte Königreich auf die iranische Lieferung von Kamikaze-Drohnen für den russischen Einsatz in der Ukraine reagiert und neben dem Drohnenhersteller Shahed Aviation Industries die iranischen Staatsangehörigen Brigadegeneral Saeed Aghajani, Generalmajor Mohammad Bagheri und Brigadegeneral Seyed Hojjatollah Qureishi sanktioniert. Die Einträge wurden im Rahmen der britischen Russland-Sanktionen vorgenommen.

[UK sanctions Iran over kamikaze Russian drones - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/uk-sanctions-iran-over-kamikaze-russian-drones)

Kanada

Sanktionen gegen russische Medien

Am 14. Oktober setzte Kanada TV Zvezda und 34 Personen, darunter Schauspieler, Journalisten, Fernsehmoderatoren, Politiker und Akademiker (sowie deren Familienangehörige), wegen ihrer Beteiligung an der Verbreitung russischer Propaganda auf seine Russland-Sanktionsliste. Die genannten Personen sollen die russische Regierung dabei unterstützen, die Grundsätze der staatlichen Souveränität zu untergraben, und sind angeblich für die Verbreitung falscher Darstellungen verantwortlich, die als Vorwand für die russische Aggression gegen die Ukraine dienen.

[Regulations Amending the Special Economic Measures \(Russia\) Regulations \(international.gc.ca\)](https://www.international.gc.ca/regulations-amenagements-russie-russia-2022-10-14.aspx)

7. Blick über den Tellerrand

China hebt Iran-Sanktionen aus

Das Handelsblatt berichtet darüber, dass China systematisch den Import iranischen Öls verschleierte: Während der Rest der Welt mit Energieknappheit kämpft, will die Volksrepublik in Südostasien einen neuen Großlieferanten gefunden haben: Aus Malaysia bezog das Land offiziellen Importstatistiken zufolge im September eine Million Barrel Öl (je 159 Liter) pro Tag – ein neuer Höchstwert und 111 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Statistik zu Malaysias Aufstieg im Ölhandel mit China hat aber einen Haken: So viel Öl, wie China angeblich aus Malaysia bezieht, produziert das Land gar nicht. Hinter dem vermeintlich boomenden Geschäft zwischen den beiden Ländern steckt nach Angaben von Branchenexperten eine umfangreiche Operation zur Verschleierung der wahren Herkunftsländer. Auch russische Oligarchen setzen US-Staatsanwälten zufolge auf den Etikettenschwindel in Südostasien, der künftig auch Öl-Sanktionen gegen Russland ausbremsen könnte. Die Präsidenten aus China und Iran posierten im September bei einer Wirtschaftskonferenz in Usbekistan. Offenbar bezieht China große Mengen Öl aus dem sanktionierten Land. Die Erklärung für die Diskrepanzen findet sich vor Malaysias Küste: In den dortigen Gewässern ist laut internationalen Beobachtern ein Hotspot für den zwielichtigen Teil des globalen Ölgeschäfts. Tanker mit Öl aus sanktionierten Ländern kommen dorthin, um ihre Fracht auf andere Schiffe zu verladen. Das soll dabei helfen, die Spur zu den tatsächlichen Lieferanten zu vertuschen. In manipulierten Unterlagen wird dann Malaysia als Ursprungsland genannt – auch wenn das Öl tatsächlich von ganz woanders stammt.

Bei den Verschleierungsversuchen geht es laut der US-Organisation United Against Nuclear Iran (Uani) in erster Linie um die Umgehung von Sanktionen gegen die Ölindustrie Irans und Venezuelas – aber auch Öllieferungen aus Russland sollen mit der Taktik verheimlicht werden.

Kanada und USA weiten Iran-Sanktionen aus

Kanada hat als Reaktion auf die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen im Land 23 Personen und 7 Einrichtungen im Rahmen seiner Iran-Sanktionsregelung neu gelistet. Den aufgeführten Personen wird vorgeworfen, an schweren Menschenrechtsverletzungen, auch gegen iranische Frauen, beteiligt gewesen zu sein bzw. diese ermöglicht zu haben und Desinformationen verbreitet zu haben, um die Unterdrückung und Verfolgung iranischer Bürger zu rechtfertigen. Bereits am 3. Oktober 2022 hatte Kanada 25 Personen und 9 Einrichtungen aus Iran sanktioniert und reagierte damit auf den Tod der 22-jährigen Mahsa Amini im Gewahrsam der iranischen Sittenpolizei. Am 28. Oktober veröffentlichten auch die USA neue Iran-Sanktionen betroffen sind 14 Personen und 3 Einrichtungen ausgewiesen.

[Canada imposes additional sanctions on the Iranian regime - Canada.ca](https://www.canada.ca/en/foreign-affairs/news/2022/10/canada-imposes-additional-sanctions-on-the-iranian-regime.html)

[Designation of Iranian Officials and Entities Connected to Ongoing Protest Repression, Censorship, and Prison Abuses - United States Department of State](https://www.state.gov/designation-of-iranian-officials-and-entities-connected-to-ongoing-protest-repression-censorship-and-prison-abuses/)

8. Termine

31. Oktober: AHK Moskau Sanktionsgespräch – offline

Am 31. Oktober 2022 um 16:00 Uhr Moskauer Zeit lädt die AHK Moskau zu einem Hintergrundgespräch mit David Wilkens von der Deutschen Botschaft zu den EU-Sanktionen und deren Auswirkungen ein. Die Veranstaltung findet ausschließlich offline in den Moskauer Räumlichkeiten der AHK (Business-Center FiliGrad, Beregovoy Proezd 5A K1, 17. Etage) statt. Bitte beachten Sie, dass die Teilnehmerzahl begrenzt ist. Daher bitte jeweils eine Person pro Unternehmen anmelden. Eine Online-Zuschaltung wird nicht angeboten.

Die Teilnahme an dieser Veranstaltung steht den Firmenchefs offen.

Arbeitssprachen der Veranstaltung: Deutsch und Russisch mit Simultanübersetzung.

Bitte melden Sie sich zu der Veranstaltung bis spätestens 17 Uhr am Freitag, den 28.

Oktober, an. Die Teilnahmebestätigung folgt noch am selben Tag. Für Rückfragen steht

Ihnen Iwan Dmitriev aus der AHK-Abteilung Interessenvertretung und Kommunikation zur Verfügung: E-Mail: dmitriew@russland-ahk.ru; Tel.: +7 (495) 234-49-50 ext. 2371.

[AHK Mitgliederbereich \(ahk-mitgliederbereich.ru\)](http://ahk-mitgliederbereich.ru)

4. November: Online-Webinar zum Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business

Die Kontaktstelle Mittelstand und die Regionaldirektion Russland möchten Sie **zur 7. Ausgabe** der Online-Veranstaltung via Teams zum Thema **Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Freitag, 4. November 2022, 10:00 Uhr MEZ** einladen. **Anmeldeschluss** ist Mittwoch, **2. November 2022**.

Im Rahmen des Webinars nehmen Experten auch zu Sanktionsfragen Stellung. Das Format richtet sich direkt an Unternehmen vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten.

Weitere Informationen:

[Business for Business - Teil VII: Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland | online | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

24. November 2022: Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Lieferketten und Logistik, Hamburg

Im Rahmen unseres 70. Ost-Ausschuss-Jubiläums laden wir Sie herzlich ein nach Hamburg zur Konferenz *Bewegte Zeiten: Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Lieferketten und Logistik - Rückblick und Vorschau*, 24. November 2022 von 15:00 – 18:30 Uhr, auf dem Campus der Kühne Logistics University (KLU), Großer Grasbrook 17, 20457 Hamburg.

Die Veranstaltung richten wir gemeinsam mit der KLU aus. Im Mittelpunkt stehen die kriegsbedingten Herausforderungen für Produzenten bzw. Verlagerer und Logistiker sowie unterschiedliche Bewältigungsstrategien im Lieferketten-Management. Es wird darüber hinaus die Frage nach den längerfristigen Perspektiven für den Wirtschaftsraum Osteuropa in einem andauernden Ukraine-Krieg bzw. nach Beendigung des Krieges diskutiert. Die Agenda finden Sie [hier](#).

Die Teilnahme ist kostenlos. Ihre verbindliche Teilnahme ist möglich unter www.oa-event.de mit dem Code **HamburgLogistik241122**. Weitere Informationen: Dr. Martin Hoffmann, m.hoffmann@oa-ev.de

1. Dezember: Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft von Ost-Ausschuss und GHA (10:00 – 11:00 CET)

The 13th meeting of the OA/GHA Health Working Group is planned for 1 December (10:00-11:00 CET). We will inform you shortly on the agenda and event mode (hybrid/online).

You can already register here: [13th Eastern Europe & CIS Working Group Health Meeting | 1 December 2022 - GHA - German Health Alliance](#)

9. Tipps & Links

Der britische **Guardian** hat in einem langen Artikel eine Bilanz der Russland-Sanktionen gezogen und kommt zu dem Ergebnis, dass die Sanktionen den Krieg nicht beenden konnten, aber dennoch erhebliche Auswirkungen auf Russland haben. „Wenn man genau hinsieht, wird man feststellen, dass es ihnen gelingt, das Land systematisch zu schädigen, und dass sie notwendig bleiben, um den Krieg zu beenden.“

[Don't be fooled: sanctions really are hurting Russia's war against Ukraine | Carla Norrlöf | The Guardian](#)

In ihrem neuen Buch „**Russlands Krieg gegen die Ukraine**“ ordnet Gwendolyn Sasse, wissenschaftliche Direktorin des Berliner ZOIS, die Ereignisse, die sich im Februar 2022 überstürzten, in ihren politischen und gesellschaftlichen Zusammenhang ein. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht erklärt sie, welche Entwicklungen in der Ukraine dem russischen Angriff vorausgingen und analysiert auch, welche Rolle die Ukraine für das immer autoritärer regierte Russland spielt.

[„Der Krieg beginnt nicht erst im Februar 2022“ \(zois-berlin.de\)](#)

Das online-Portal Dekoder, das unter anderem russischsprachige Artikel ins Deutsche übersetzt, hat wieder eine Liste mit **Leseempfehlungen** zum Krieg in der Ukraine zusammengestellt: [Krieg in der Ukraine – aktuelle Leseempfehlungen | dekoder | DEKODER | Journalismus aus Russland und Belarus in deutscher Übersetzung](#)

Im **DGAP-Spezialdossier zu Russlands Krieg gegen die Ukraine** findet sich ein Überblick über die vielfältigen DGAP-Aktivitäten zum Konflikt. Darunter: Statements zu den aktuellen Entwicklungen, Analysen zur Frage, wie es so weit kommen konnte, Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung sowie zahlreiche Interviews und Diskussionsrunden zum Nachschauen.

[Dossier: Russlands Krieg gegen die Ukraine | DGAP](#)

Wichtige Kontakte zu Sanktionen:

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](http://agaportal.de)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten: [Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](http://gtai.de)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aeb.ru\)](http://news.aeb.ru)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar

Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das DeutschUkrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#).

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz
Leiter Public Affairs
T. +49 (0)30 206167-120
A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss